Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4735

13. 06. 89

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
— Drucksache 11/3865 —

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Bohl, Dr. Miltner, Rühe, Spilker, Frau Verhülsdonk, Dr. Langner, Böhm (Melsungen), Borchert, Fuchtel, Frau Geiger, Haungs, Frau Dr. Hellwig, Herkenrath, Dr. Hornhues, Höffkes, Frau Hoffmann (Soltau), Hörster, Dr.-Ing. Kansy, Kittelmann, Lenzer, Lowack, Frau Pack, Pfeffermann, Dr. Pfennig, Dr. Rose, Sauer (Salzgitter), Schmidbauer, Freiherr von Schorlemer, Schreiber, Dr. Schroeder (Freiburg), Dr. Schwörer, Dr. Stercken, Weiß (Kaiserslautern), Freiherr Heereman von Zuydtwyck und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hoppe, Beckmann, Dr. Feldmann, Frau Folz-Steinacker, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Haussmann, Dr. Hoyer, Dr.-Ing. Laermann, Lüder, Ronneburger, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Timm, Dr. Weng (Gerlingen), Zywietz, Dr. Graf Lambsdorff, Heinrich, Kohn, Richter, Frau Dr. Segall, Dr. Thomae, Frau Würfel, Kleinert (Hannover), Baum, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP
— Drucksachen 11/2257, 11/3139 —

Vollendung des europäischen Binnenmarktes

und zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/3851 (neu) —

Europapolitik

A. Problem

Nach den bisherigen Fortschritten auf dem Wege zur Schaffung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes bedarf es weiterer vielfältiger Anstrengungen der Bundesregierung, um gemeinsam mit den Partnerländern der Europäischen Gemeinschaft dieses Ziel zu erreichen.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für die Verwirklichung bestimmter Ziele auf den Gebieten des Handels, des Sozialwesens, der Währung, des Steuerwesens, des Umweltschutzes, der Forschung und Technologie sowie der inneren Sicherheit einzusetzen.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Die Vertreter der Fraktion der SPD fordern die Annahme ihres Antrages.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/3865 — anzunehmen,
2. den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/3851 (neu) — abzulehnen.

Bonn, den 31. Mai 1989

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken	**Frau Dr. Hellwig**	**Frau Wieczorek-Zeul**	**Dr. Feldmann**	**Dr. Lippelt (Hannover)**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Hellwig, Frau Wieczorek-Zeul, Dr. Feldmann, Dr. Lippelt (Hannover)

I. In seiner 119. Sitzung am 19. Januar 1989 hat der Deutsche Bundestag den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksache 11/3865 — zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß, zur Mitberatung an den Innenausschuß, an den Finanzausschuß, an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 11/3851 (neu) — zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß, zur Mitberatung an den Innenausschuß, an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Haushaltsausschuß überwiesen.

II. a) Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Vollendung des europäischen Binnenmarktes — Drucksache 11/3865 — nimmt Bezug auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und FDP vom 5. März 1988 Vollendung des europäischen Binnenmarktes — Drucksache 11/2257 — und deren Beantwortung durch die Bundesregierung vom 19. Oktober 1988 (Drucksache 11/3139).

Der Entschließungsantrag begrüßt die bisherigen Fortschritte in der europäischen Einigung, insbesondere bei der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes. Er erinnert daran, daß alle gesellschaftlichen Gruppen ihren eigenen Beitrag zur Verwirklichung dieses Zieles erbringen müssen. Der Antrag formuliert Ziele und Forderungen für die Ausgestaltung des europäischen Binnenmarktes:

- Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Schaffung eines europäischen Sozialraumes mit einem Kernbestand einheitlicher sozialer Grundrechte ohne Nivellierung grundlegender nationaler Vorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer und ihrer Rechte nach unten
- Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsintegration durch eine gemeinsame Währung und ein unabhängiges europäisches Zentralbanksystem
- Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch europaweiten wirksamen Umweltschutz
- Ausbau einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik
- Schutz der inneren Sicherheit auf europäischer Ebene gegen Terrorismus, Bandenkriminalität und Rauschgifthandel.

b) Der Antrag der Fraktion der SPD Europapolitik — Drucksache 11/3851 (neu) — behandelt über die Thematik des vorstehenden Antrags hinaus die Vordringlichkeit des Ziels der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für die Wirtschaftspolitik der EG, das kommunale Wahlrecht für EG-Bürgerinnen und Bürger, der Ausbau der Außenbeziehungen der EG im Hinblick auf den gemeinsamen Binnenmarkt sowie die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments angesichts nicht ausreichender parlamentarischer Kontrolle der Entscheidungen der EG.

III. Der Innenausschuß hat am 15. März 1989 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen eine Stimme der Fraktion DIE GRÜNEN bei Enthaltung seitens der Fraktion der SPD die Zustimmung zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen. Zu dem Antrag der Fraktion der SPD hat der Ausschuß mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

Der Finanzausschuß hat am 22. Februar 1989 den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat am 22. Februar 1989 die Annahme des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP mit der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und DIE GRÜNEN empfohlen. Er hat es mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt, die Annahme des Antrages der Fraktion der SPD zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat am 22. Februar 1989 dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP mit Ausnahme des Punktes II Abs. 4 bis 6, mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt. Dem Punkt II Abs. 4 bis 6 hat der Ausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der

Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt. Der Ausschuß hat den Antrag der Fraktion der SPD mit Ausnahme des Punktes II Ziffer 6 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD abgelehnt. Dem Punkt II Ziffer 6 hat der Ausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 15. März 1989 mehrheitlich beschlossen, die Annahme des Entschließungsantrages der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und die Ablehnung des Antrages der Fraktion der SPD zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat am 8. März 1989 den Antrag der Fraktion der SPD mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

IV. In der Aussprache im mitberatenden Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung haben die Mitglieder der Fraktion der SPD zu Punkt II Abs. 4 des Entschließungsantrages „Vollendung des europäischen Binnenmarktes" der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Aussage bekräftigt und präzisiert, der Kernbestand der sozialen Grundrechte sei *verbindlich* in die europäische Rechtsordnung aufzunehmen. Ferner sei die Kommission aufzufordern, die soziale Entwicklung in einem Weißbuch *mit klaren Zeitvorgaben* darzustellen. Daraufhin hat der Ausschuß Punkt II Abs. 4 bis 6 in folgender geänderter Fassung einstimmig bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt: In Absatz 4 Satz 1 werden hinter dem Wort „einheitlicher" das Wort „verbindlicher" und in Satz 3 hinter dem Wort „Weißbuch" die Worte „mit klaren Zeitvorgaben" eingefügt.

Der Unterausschuß des Auswärtigen Ausschusses für Fragen der Europäischen Gemeinschaft hat beide Anträge in seiner 25. Sitzung am 10. Mai 1989 beraten. Für beide Anträge gab es in Abwesenheit der Mitglieder der Fraktionen der FDP und DIE GRÜNEN bei Stimmengleichheit keine Mehrheit.

V. Der Auswärtige Ausschuß hat die Vorlagen auf seiner 46. Sitzung am 31. Mai 1989 beraten.

Er hat dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Vollendung des europäischen Binnenmarktes — Drucksache 11/3865 — mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt.

Er hat den Antrag der Fraktion der SPD Europapolitik — Drucksache 11/3851 (neu) — mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Bonn, den 31. Mai 1989

Frau Dr. Hellwig **Frau Wieczorek-Zeul** **Dr. Feldmann** **Dr. Lippelt (Hannover)**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333